



V. i. S. d. P.
Hans-Jürgen Wirthl
Landesverband "Früh- und
Risikogeborene Kinder RLP" e.V.
Vorstandsvorsitzender
Kiefernstraße 21 a
55246 Mainz-Kostheim

Telefon: 01522/8739850
E-Mail: info@fruehgeborene-rlp.de
Internet: www.fruehgeborene-rlp.de

19. Februar 2011

Leserbrief als Antwort auf den Artikel "Krankenhausfinanzierung: Gestalten statt verwalten"

Dtsch Arztebl 2011; 108(7): A-295 / B-239 / C-239, SEITE EINS
von Thomas Gerst, 18. Februar 2011

Sehr geehrter Herr Gerst,

Ihre aktuelle „Seite Eins“ und der Beschluss des LSG Berlin-Brandenburg haben insbesondere zweierlei deutlich gemacht: Es geht den klagenden Kliniken in erster Linie doch um das wirtschaftliche Ergebnis, was bislang stets vehement geleugnet wurde, und zum anderen, dass Beschlüsse der gemeinsamen Selbstverwaltung, der originäre Aufgaben des Gesetzgebers qua Delegation zugewiesen wurden, nicht in vollem Umfang der formaljuristischen richterlichen Nachprüfung unterliegen können. Macht dieses Beispiel Schule, ist die Selbstverwaltung endgültig handlungsunfähig und dies nicht nur im Rahmen der Festlegung von Mindestmengen.

Erschreckend ist aber Ihre Feststellung, es bestehe zweifellos der ökonomische Anreiz, auf ein medikamentöses Hinauszögern der Geburt zu verzichten, das lediglich eine wenig ertragreiche Liegezeit der Patientin zur Folge hätte, und in einem auf Gewinnmaximierung ausgerichteten System sei nicht ausgeschlossen, dass Kinder früher geholt werden, obwohl mit vergleichsweise geringem Aufwand der Geburtstermin hinausgezögert werden könnte. Was bisher eher hinter vorgehaltener Hand angedeutet wurde, sprechen Sie nun ebenso offen wie provokant an.

Ich stimme mit Ihnen überein, dass das Fallpauschalensystem gerade in der Neonatologie falsche Anreize setzt, und zwar weil es nicht den guten Behandlungserfolg honoriert, sondern den schlechten, indem es z. B. Komplikationen mit Zuschlägen quasi belohnt. Daran etwas zu ändern, fordern wir seit langem. Trotzdem frage ich Sie: Haben Sie auch an den ärztlichen Auftrag und die Verpflichtung der Krankenhäuser gedacht, denen sich die Eltern bedingungslos anvertrauen und die letztlich die Zeche in jeder Hinsicht zu zahlen haben?

Eines muss nämlich allen unmissverständlich klar sein, die diese so genannten Fehl-
anreize zu ihrer eigenen Entlastung heranziehen, wenn sie Kinder früher „holen“:
Jeder Tag im Mutterleib ist erwiesenermaßen von gravierender Bedeutung für die
Überlebenschancen und für die weitere Entwicklung eines Frühgeborenen. Mit jedem
Tag, der pekuniären Interessen geopfert wird, wird dem Kind und seinen Eltern des-
halb zumindest fahrlässig, wenn nicht sogar vorsätzlich, Schaden zugefügt. Abgese-
hen davon, dass dies wohl kaum noch etwas mit ärztlicher Ethik und ärztlichem Heil-
auftrag zu tun hat, muss jedem bewusst sein, dass solches Verhalten schlicht und
einfach einen Behandlungsfehler darstellt, der in jeder Hinsicht juristische Konse-
quenzen nach sich ziehen muss. Haben daran die von Ihnen zitierten Experten der
Deutschen Gesellschaft für Kinder- und Jugendmedizin bei Ihrem Forum bedacht?
Wohl kaum!

Es mag einigen immer noch nicht aufgegangen sein, aber es geht hier nicht um ir-
gendwelche sozialpolitischen Pokerspielchen auf der grünen Wiese. Es geht einzig
und allein um Kinderleben. Unsere Kinder sind nicht die finanzielle Manövriermasse
der Kliniken. Das Grundrecht unserer Kinder auf Leben und auf ein Überleben mit
möglichst wenig Behinderungen ist allemal viel höher einzustufen, als das vermeintli-
che Recht von Krankenhäusern auf auskömmliche Vergütung.

Insofern ist Ihre Äußerung nicht nur eine Provokation. Sie ist ein Skandal, der einen
unüberhörbaren Aufschrei aller Eltern nach sich ziehen muss. Ich hoffe dringend,
dass diejenigen Ärzte, die sich noch als solche begreifen, sich mit Grausen abwen-
den und von solchen Irrwegen öffentlich distanzieren.

Mit freundlichen Grüßen
Hans-Jürgen Wirthl

Vorsitzender
Landesverband "Früh- und Risikogeborene Kinder Rheinland-Pfalz" e.V.